

# „Hü und Hott in der Energiedebatte“

*Grüne kritisieren Verhalten der Mehrheitsfraktion*

■ **Paderborn.** Der Atomausstieg nach der Katastrophe von Fukushima sei eine einmütig gefasste Entscheidung gewesen, die auch von Bundeskanzlerin Angela Merkel mitverantwortet wurde. „Nun werden dem beschlossenen Umstieg Knüppel zwischen die Beine geworfen. Bei dem Hü und Hott der Beurteilung der notwendigen Schritte zur Bewältigung der Energiewende durch die CDU kann es einem fast schwindelig werden“, kommentiert die Fraktion der Paderborner Grünen im Rat.

Als Salzkottener Bürgermeister habe der Kandidat der CDU für Paderborn, Michael Dreier, die Reduzierung der Mindestabstände von Windanlagen zur Wohnbebauung auf 700 Meter vorangetrieben. „Wohl wissend, dass das Thema in Paderborn anders diskutiert wird als in Salzkotten, blieb Herr Dreier der Wind-Abstimmung im Salzkottener Bau- und Planungsausschuss fern. Das ist nicht nur verlogene Wahlkampfaktiererei, sondern dazu auch noch feige“, kommentiert der Grüne Stefan Schwan das Verhalten und holt weiter zu scharfer Kritik aus. „Was soll man von so einem Bürgermeisterkandidaten erwarten? Solch unaufrichtiges Verhalten tut Paderborn nicht gut und das sind wir von der Paderborner CDU auch anderes gewohnt! Einen Dorfbürgermeister, der nach Gutdünken sein Fähnlein nach dem Wind richtet, braucht Paderborn definitiv nicht.“

Auf der einen Seite werbe Dreier, damit, dass er die gewerbliche Entwicklung von Paderborn vorantreiben wolle, andererseits stelle er sich im Wahlkampf als „Windkraftverhinderer“ dar – obwohl klar sei, dass viele Arbeitsplätze und Chancen zur Wertschöpfung

eng mit der Windkraft verknüpft seien. „Bei der in den letzten Jahren meistgebauten Windkraftanlage E 82 kann man von einer lokalen Nettowertschöpfung von über 160.000 Euro pro Jahr ausgehen. Darin enthalten sind etwa 20.000 Euro Gewerbesteuer. Etwa 140 solche Anlagen stehen zurzeit im Kreis Paderborn“, rechnen die Grünen vor.

Nicht konsequent sei nach Meinung der Grünen auch die Position hinsichtlich der kommunalen Planungshoheit im Hinblick auf die Planung von Vorranggebieten für die Nutzung von Windenergie.

„Viele Windkraftgegner wettern einerseits darüber, dass den Kommunen aufgrund der rechtlichen Situation die Hände bei der Planung solcher Vorranggebiete gebunden seien. Auf der anderen Seite schreien die gleichen Leute nach klaren pauschalen Vorgaben für Abstände von Windenergieanlagen zu Ortsrändern von oben und fühlen sich mit der Planung überfordert“, stellt die grüne Ratsfraktion fest.

Wer sich glaubhaft gegen Atomkraft und Fracking stark machen wolle, müsse andererseits auch sagen, woher in Zukunft die Energie kommen solle, die in einer in allen Bereichen aufstrebenden Region auch weiterhin benötigt werde. „Wasch mich, aber mach mich dabei nicht nass“, funktioniere an dieser Stelle nicht.

Das ehrgeizige Ziel des Kreises, bis 2020 die Stromversorgung zu 100 Prozent aus erneuerbaren Energiequellen zu decken, lasse sich „nur durch eine vernünftige Planung und ausreichende Flächen für die Nutzung von Windenergie und in konstruktiver Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft erreichen“, sind die Grünen überzeugt.